Rheinhessen

Nr. 183 – Donnerstag, 7. 8. 2008

Stumpf soll jetzt zum Amtsarzt

Kommunalaufsicht will Untersuchung des Bodenheimer VG-Chefs – Parteien diskutieren über Amtsenthebungsverfahren

Zweifel an einer Krankheit von Reinhold Stumpf hat die Kommunalaufsicht nicht. Dennoch soll er zum Amtsarzt, um Klarheit über die künftige Führung der VG zu erlangen.

BODENHEIM. Der seit Monaten erkrankte Bodenheimer Verbandsbürgermeister Reinhold Stumpf (parteilos) muss sich vermutlich amtsärztlich auf seinen gesundheitlichen Zustand untersuchen lassen. Einen entsprechenden Antrag hat die Kommunalaufsicht beim zuständigen Gesundheitsamt in Alzey gestellt, wie der Leitende Beamte in der Ingelheimer Kreisverwaltung, Manfred Heinisch, der MRZ bestätigte. Er geht davon aus, dass dem Ansinnen stattgegeben wird.

Begründet hat er das Schreiben, von dem er Stumpf in Kenntnis setzte, mit dem Bedürfnis der Verbandsgemeinde, über die zukünftige Führung im Rathaus Klarheit zu gewinnen. „Im Interesse der weiteren Planungen und der Kontinuität der Verwaltungsarbeit habe ich um eine solche Untersuchung gebeten", berichtete Heinisch.

Grundsätzlich gebe es aber keine Indizien, dass Stumpf eine Krankheit – seit Anfang März wurde der Bürgermeister nicht mehr im Rathaus gesehen – nur vorschiebe. Die Untersuchung könne noch während der derzeit laufenden Kur, die am Monatsende endet, oder aber auch erst im September erfolgen, wenn Stumpf nach dem jetzigen Stand der Dinge sein Amt wieder ausübt.

Die Äußerung von SPD-Fraktionschef Thomas Glück in der MRZ, der eine Unterstützung seiner Fraktion für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Stumpf nicht mehr ausschließt, hat inzwischen auch bei der CDU für eine neue Diskussion über den Weg gesorgt, den der Verbandsgemeinderat angesichts der Dauerabwesenheit des Bürgermeisters einschlagen soll. Bei einem Treffen des VG-Parteiverbandes schätzten die meisten Teilnehmer das Risiko des Scheiterns eines solchen Abwahlverfahrens weiterhin als hoch ein, berichtete Wolfgang Becker, Fraktionsvorsitzender der Harxheimer CDU und bisher entschiedenster Befürworter eines solchen Schrittes.

Für einen Erfolg der Initiative müssten mindestens 30 Prozent der Wahlberechtigten in der VG an die Urne gebracht werden und für die Amtsenthebung stimmen. Zudem wird eine Zweidrittel-Mehrheit für die Ingangsetzung des Verfahrens im VG-Rat benötigt. CDU-Fraktionschef Matthias Schäfer, gerade erst aus dem Urlaub zurück, will laut Becker in der kommenden Woche daher mit den anderen Fraktionen über ihre Haltung zum Abwahlverfahren reden, ehe er seine Haltung festlegt.

Bisher teilte Schäfer die im Rat weit verbreitete Skepsis über die Erfolgsaussicht eines solchen Verfahrens. Becker glaubt dagegen an die Wirksamkeit einer Einheit der Fraktionen. „Wenn wir auf VG-Ebene das Verfahren zusammen beschließen, damit in die Ortsverbände gehen, alle Fraktionen dasselbe sagen und von Haustür zu Haustür gehen, um die Leute zu motivieren, dann werden die Menschen auch kapieren, dass es nicht um parteipolitische Aversionen geht", erläuterte Becker. **Guido Steinacker**